



Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 21. November 2024

Antrags-Nr. 24-F-63-0091

Innovativ und vernetzt: Verwaltungsprozesse in Wiesbaden für die Herausforderungen der Zukunft optimieren

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 13.11.2024 -

Wie alle öffentlichen Verwaltungen, aber auch Unternehmen steht die Landeshauptstadt Wiesbaden vor strukturellen Herausforderungen, die Auswirkungen auf ihre Handlungsfähigkeit haben. Dazu zählen der demographische Wandel, der bereits spürbare Fach- und Arbeitskräftemangel sowie tiefgreifende Veränderungsprozesse, die mit der Einführung neuer digitaler Technologien einhergehen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist daher gefordert, die eigene Verwaltungsorganisation und verfügbare Ressourcen frühzeitig so auszurichten, dass es gelingt, diese Herausforderungen optimal zu meistern, Chancen des Wandels zu nutzen und so für die Zukunft besser gerüstet zu sein.

Der Oberbürgermeister, der Magistrat sowie die städtischen Gesellschaften haben sich bereits auf diesen Weg gemacht und verschiedene Vorhaben gestartet, andere befinden sich in der Vorbereitung. Zudem liegen - als Ergebnis von Organisationsuntersuchungen sowie aus Rückmeldungen der Führungskräfte - konkrete Hinweise zu Verbesserungspotenzialen sowie Empfehlungen für strukturelle Reformen vor (vgl. dazu Bericht Dezernat II zum Antrag Nr. 23-F-63-0118). Auch diese werden bereits an verschiedenen Stellen innerhalb der Stadtverwaltung angegangen.

Jetzt geht es darum, diese Vorhaben zusammenzuführen sowie zügig und ergebnisorientiert umzusetzen. Dafür sind nötig:

1. Prozesse und Strukturen für eine übergreifende Steuerung, Priorisierung und Ressourcenplanung von Themen.
2. Ressourcen und Kompetenzen für die Umsetzung von Veränderungen.
3. Weitere effektive dezernatsübergreifende Abstimmungen.

Erfolgreich kann ein solcher Veränderungsprozess zudem nur sein, wenn es gelingt, Führungskräfte und Belegschaft inklusive der Personalvertretung einzubinden und den Weg gemeinsam zu gehen. Nur so kann den Bedürfnissen von Arbeitnehmenden Rechnung getragen werden mit dem Ziel, gute Voraussetzungen zu schaffen für eine hohe Mitarbeiterzufriedenheit einerseits und eine leistungsfähige Stadtverwaltung andererseits.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- 1) Die Stadtverordnetenversammlung nimmt positiv zur Kenntnis, dass der Oberbürgermeister, der Magistrat und die städtischen Gesellschaften auf unterschiedlichen Ebenen daran arbeiten, eine künftige Handlungsfähigkeit des Stadtverbands unter veränderten Rahmenbedingungen sicherzustellen. In Arbeit sind unter anderem:
 - a) Fahrplan für eine digitale Transformation
 - b) Optimierung stadtweiter und fachbereichsübergreifender Prozesse
 - c) Abarbeitung der Aufträge zur Nutzung von Synergien aus den Haushaltsberatungen 2023

-
- d) Etablierung einer stadtweiten Zusammenarbeit in den AGs "Stadtverbund" und eine Schärfung der fachlichen Themen dieser Ags
- 2) Die Stadtverordnetenversammlung regt an,
- a) bereits begonnene sowie geplante Maßnahmen zu bündeln und in eine Projektstruktur zu überführen. Folgende grundsätzlichen Zielsetzungen sollten dabei eine Rolle spielen:
 - i) Stärkung robuster fachbereichsübergreifende Prozesse mit klaren, abgestimmten Verantwortlichkeiten, die einheitlich dokumentiert sind,
 - ii) Stärkung des Prinzips der zentralen Prozessverantwortung,
 - iii) Minimierung von Doppelstrukturen und Redundanzen zur Vermeidung von Schnittstellen innerhalb der Verwaltung,
 - iv) Bündelung von Aufgaben, die zentral und standardisiert erfolgen können,
 - v) Optimierung der Regeln für die Zusammenarbeit über Dezernats- und Ämtergrenzen,
 - vi) Analyse und Optimierung ressourcenrelevanter Prozesse
 - vii) verbesserte Gesamtsteuerung,
 - viii) Schaffung von mehr Synergien und Vermeidung von Doppelstrukturen unter den städtischen Beteiligungen,
 - ix) Konsolidierung der Beteiligungen, sofern sinnvoll,
 - x) Mehr Transparenz und Standards, auch bei Gehältern in den Gesellschaften,
 - xi) Bürokratieabbau,
 - xii) konsequente Serviceorientierung.
 - b) ein extern besetztes Projekt Management Office (PMO) zu etablieren und dafür eine verantwortliche Steuerung in der Verwaltung zu definieren.
 - c) nach dem Vorbild der AG Personal eine AG Moderne Verwaltung zu gründen, mit dem Ziel
 - i) ein Forum des Austauschs für politische Gremien, Personalvertretung und Führungskräfte der Verwaltung zu etablieren
 - ii) regelmäßig über Projektfortschritte zu informieren und sich über etwaige neue Weichenstellungen zu verständigen. Feste Sitzungstermine sollen gemeinsam jeweils zu Beginn des Jahres festgelegt werden.
- 3) Die Stadtverordnetenversammlung stellt für das Projekt Management Office ein Budget von 150.000 Euro (Position 2-15-EHH-neu-001 im HH-Antrag) zur Verfügung, sofern der Magistrat der oben genannten Empfehlung folgt.
- 4) Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 26. März 2025 über die Projektstruktur zu informieren.
-

Beschluss Nr. 0394

Der Antrag wird auf die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18.12.2024 verschoben.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2024

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2024

Dezernate I und II

mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister